Trotz überschaubarer Zahlen reißt der Bürgerprotest gegen die Aufrüstungspolitik in Berlin nicht ab: Unter dem Banner von „Wir sind viele“ setzten Demonstranten am Wochenende ein weiteres Zeichen gegen die Eskalationsspirale. Éva Péli und Tilo Gräser waren für die *NachDenkSeiten* vor Ort, sprachen mit Teilnehmern über ihre Motive und lokale Rüstungsgefahren und dokumentierten die zentralen Reden von der Bühne. Ein Bericht von **Éva Péli**.

Regen, Regierungsviertel und schwindende Zahlen

Am Samstag, dem 1. August 2026, versammelten sich trotz Dauerregens mehrere Hundert Menschen im Berliner Regierungsviertel, um gegen die Außen- und Militarisierungspolitik der Bundesregierung zu demonstrieren. Hauptorganisator der Kundgebung war das Bündnis „Wir sind viele“, unterstützt von der Berliner Friedenskoordination (FriKo), dem BSW-Landesverband Berlin sowie weiteren zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Die Aktion knüpft an eine mehrjährige Protestreihe an, die im Sommer 2020 ihren Anfang nahm. Während die damaligen Großdemonstrationen auf dem Höhepunkt der Bewegungen Zehn- bis Hunderttausende auf die Straße brachten, fiel die Beteiligung diesmal überschaubar aus: Die Polizei zählte rund 600 Teilnehmende – ein deutlicher Rückgang gegenüber den Anfangsjahren.

Vier Forderungen an der Schnittstelle von Krieg und Sozialem

Unter dem Motto „Frieden, Freiheit und Grundrechte“ begann die Kundgebung am Platz des 18. März vor dem Brandenburger Tor. Der anschließende Demonstrationszug führte durch die Innenstadt zum Alexanderplatz und kehrte für die Abschlusskundgebung zum Ausgangspunkt zurück.

Auf Transparenten und Flyern formulierten die Demonstranten vier zentrale Schwerpunkte:

- **Rüstungsstopp & Diplomatie:** Sofortiger Exportstopp für Waffen und die Rückkehr zu Verhandlungslösungen statt anhaltender Aufrüstung.
- **Infrastruktur & Souveränität:** Keine Bereitstellung deutscher Logistik für Militäreinsätze Washingtons (mit explizitem Verweis auf den US-amerikanischen Stützpunkt Ramstein).
- **Sozialstaat vor Militär:** Ende der Aufrüstungsprogramme auf Kosten von Gesundheit, Pflege und sozialer Infrastruktur.

- **Aufarbeitung:** Umfassende Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen sowie der gesellschaftlichen Spaltungen der vergangenen Jahre.

Vom besorgten Anwohner über Gewerkschafter und Juristen bis hin zum Parteivertreter im Rampenlicht: Der Protest versammelte ganz unterschiedliche Akteure.

Stimmen vom Demonstrationszug: Die Sorge vor der Eskalation vor der eigenen Haustür

Auf der Demonstration berichteten viele Teilnehmer, wie sehr die eigene Biografie und das direkte Umfeld ihren Blick auf den Kriegskurs prägen.

Vom Rüstungsstandort Schrobenhausen nach Berlin

So auch Ekkehard (72), Facharzt für Urologie. Seine ersten 35 Lebensjahre verbrachte er nahe Bautzen in der damaligen DDR, heute lebt er im oberbayerischen Schrobenhausen. Ihn treibt auch die Sorge vor einer militärischen Eskalation an seinem Wohnort um. Der Grund: In Schrobenhausen stellt der europäische Raketenhersteller MBDA unter anderem den Taurus-Marschflugkörper her.



> „Ich bin Arzt, dem Leben und der Gesundheit verpflichtet – nicht dem Krieg und der Waffenindustrie. In Schrobenhausen wird der Taurus gebaut, und momentan entsteht eine Fertigungsstätte für Patriot-Abwehrsysteme. Man versenkt Unmengen an Beton im Wald. Damit werden wir bei einem Konflikt garantiert zu einem der wichtigsten Zielobjekte für Russland. Es ist für mich entsetzlich, daran zu denken.“

Ekkehard zieht Parallelen zum Kalten Krieg und wirft der aktuellen Führung in Berlin ein fundamentales Versagen vor:

> „Ich habe 35 Jahre im Osten gelebt und die Konfrontation zweier Militärblöcke miterlebt. Damals standen sich SS-20 und Pershing II gegenüber. Doch man hat verhandelt, die Diplomatie bemüht und es kam zur Abrüstung. Heute erleben wir genau das Gegenteil – unsere Politik erweist sich für mich als unfähig, ein Land zu führen, dessen Bürger eigentlich den Frieden wollen.“

Auch beim gesellschaftlichen Klima zieht der Mediziner klare Trennlinien zwischen Ost und West. In Bayern trifft er nach eigener Wahrnehmung immer wieder auf träge Wohlstandsbequemlichkeit. Seiner alten Heimat bescheinigt er hingegen eine gewachsene, wache Protestkultur – geprägt von der Bereitschaft, Kante zu zeigen und Unmut direkt auf die Straße zu tragen:

> „Der Osten ist für mich wesentlich aufgeweckter. Es macht mich stolz, zu sehen, dass in Orten wie Dippoldiswalde die 200. Montagsdemonstration stattfindet. Ich versuche, diese Gedanken auch in Bayern weiterzutragen. Aber dort ist das alles für viele noch sehr weit weg, das Leben ist bequem. Ich fürchte fast, es muss den Menschen erst schlechter gehen, damit ein Umdenken stattfindet."

Die Ursache für die verhaltene Mobilisierung in westlichen Großstädten verortet Ekkehard vor allem in der Berichterstattung. Umso mehr sieht er die Zivilgesellschaft in der Pflicht:

> „Ursache sind ganz sicher die Mainstream-Medien, die immer noch die Köpfe beherrschen. Solange der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Auftrag laut Staatsvertrag nicht erfüllt, kann man nicht mit einem Umdenken rechnen. Politiker sind heute oft nur Marionetten. Es liegt an uns als Volk, wieder zu mündigen Bürgern zu werden und das Schicksal selbst in die Hand zu nehmen."

Der gesellschaftliche Dissens reicht bis in die eigenen Familien. Umso intensiver bringt sich der 72-Jährige in Schrobenhausen ein. Seit über vier Jahren organisiert er monatliche Informationsabende mit Gastreferenten aus der Aufklärungs- und Friedensbewegung – mit beachtlicher Resonanz im ländlichen Raum:

> „Wir füllen regelmäßig Säle mit 200 bis über 300 Menschen. Zuletzt hatte ich eine 85-jährige Ärztin aus Bremen zu Gast; das Video der Veranstaltung wurde online bereits über 20.000-mal aufgerufen. Das zeigt mir: Das Bedürfnis nach Aufklärung ist da – man muss die Räume im Lokalen selbst schaffen."

„Lieber lerne ich Russisch": Dialog statt Grabenkämpfe



Dass die Friedensbewegung auch von langjährigen Aktivisten getragen wird, zeigt das Beispiel von Nils (49) aus Konstanz. Er demonstriert bereits seit den Montagsmahnwachen von 2014 für den Frieden. Diesmal trägt er ein Schild mit der Aufschrift „Lieber lerne ich Russisch, als zur Waffe zu greifen“. Für ihn steht der Dialog zwischen den Völkern an erster Stelle:

> „Sprache ist das Bindeglied zwischen Menschen und Kulturen. Die einfachen Bürger wollen eigentlich nie Krieg gegeneinander führen – Kriege wollen immer nur die an der Macht. Das habe ich 2008 in Georgien während des kurzen Krieges selbst erlebt: Kein Georgier, den ich traf, hat schlecht über die russische Bevölkerung gesprochen, obwohl die Regierungen gegeneinander kämpften.“

Zudem warnt Nils eindringlich vor Grabenkämpfen innerhalb der Opposition gegen den Rüstungskurs. Um handlungsfähig zu bleiben, müssten ideologische Trennlinien überwunden werden:

> „Gegen die Friedensbewegung wird seit Jahren mit dem Mittel der Zersplitterung gearbeitet. Wir müssen aufhören, uns gegenseitig abzugrenzen. Ob links oder rechts – die einfache Bevölkerung will Frieden. Es kommt darauf an, das Verbindende zu betonen statt die künstliche Spaltung mitzumachen."

Vom Feuerwehrmann zum Friedensaktivisten: Ethik statt Existenzangst

Wie sehr die Motivation vieler Demonstranten im beruflichen Ethikverständnis wurzelt, zeigt das Beispiel von Martin (66) aus Berlin. Er war jahrzehntelang als Berufsfeuerwehrmann auch im Rettungsdienst im Einsatz. Dass er heute auf der Friedensdemonstration steht, sieht er als direkte Verlängerung seiner früheren Aufgabe, Leben zu schützen:

> „Als Feuerwehrmann und Retter war es meine Lebensaufgabe, Menschen zu schützen. Was wir in den letzten Jahren erlebt haben und jetzt in der Kriegspolitik fortgesetzt sehen, steht dazu in einem totalen Widerspruch. Man kann Krieg schlichtweg nicht als Argument für Frieden nutzen – das widerspricht sich in sich selbst."

Dass die Bürgerproteste in den letzten Monaten phasenweise kleiner geworden sind, erklärt der 66-Jährige vor allem mit dem enormen Druck auf kritische Stimmen im Alltagsleben:

> „Neben einer gewissen Demonstrationsmüdigkeit ist es vor allem die Angst, die viele Menschen ausbremst. Wer im staatsnahen Dienst arbeitet oder öffentlich Kritik übt, riskiert heute ganz real den Arbeitsplatz, die Wohnung oder Praxisräume. Diese Existenzangst treibt viele ins Private zurück. Für mich persönlich ist Wegsehen aber keine Option – schon wegen der Verantwortung für unsere Kinder und Enkelkinder."

Vom Waggonbau zur Waffenschmiede: Wut in der Lausitz

Der Görlitzer Burkhard (Jg. 1971) reiste gemeinsam mit acht Mitstreitern per Bahn nach Berlin. Im Gespräch zeigte er sich enttäuscht über die überschaubare Beteiligung. Angesichts der für ihn akuten Kriegsgefahr empfinde er Wut über die Passivität vieler Mitbürger:

> „Diese Gleichgültigkeit, diese Interessenlosigkeit in dieser Gesellschaft allgemein kotzt mich nur noch an.“

Ein zentrales Anliegen ist für ihn die Entwicklung in seiner sächsischen Heimat im Dreiländereck. Er kritisiert scharf die Transformation des Görlitzer Traditionsstandorts: Der Schienenfahrzeugbau, der seit 1849 die Stadt prägte, wird schrittweise beendet – stattdessen übernimmt der deutsch-französische Rüstungskonzern KNDS das Werk, um dort künftig Komponenten für Militärfahrzeuge wie den Radpanzer Boxer herzustellen.

Für Burkhard entlarvt das die Doppelmoral der Politik: Während sie öffentlich die Verkehrswende beschwört, opfert sie Industriearbeitsplätze auf der Schiene und baut Standorte zu Waffenschmieden um. Die Belegschaft, die diesen Schwenk für den Joberhalt mitträgt, sieht er kritisch. Zwar gebe es Anwohner, die den Kurs hinterfragen, viele dächten jedoch rein pragmatisch an ihre Existenz: „Sie agieren praktisch als Opportunisten.“

Tief sitzendes Misstrauen: „Fürs Volk bleibt wenig übrig“

Auch Grit (55) nimmt regelmäßig an Kundgebungen der Friedenskoordination (FriKo) und des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) teil. Die aktuelle Lage bereitet ihr tiefgehende Sorgen:

> „Furchtbar. Ich habe Angst vor der Zukunft, muss ich ganz ehrlich sagen, wenn ich diese Kriegstüchtigkeit von unserer Regierung sehe, die auch so uneinsichtig ist. Ich habe manchmal das Gefühl, die wissen gar nicht, was die provozieren.“



Dass trotz der angespannten Weltlage vergleichsweise wenige Menschen protestieren, führt Grit auf eine breite Gleichgültigkeit und tiefe Entfremdung von der Politik zurück. Viele Bürger lebten schlicht in den Tag hinein oder wendeten sich frustriert ab: „Egal was man wählt, fürs Volk bleibt wenig übrig."

Ihre Sichtweise prägt auch die eigene Biografie: Als 18-Jährige erlebte sie die Wendezeit. Das pauschal negative Bild, das oft über die DDR gezeichnet werde, decke sich nicht mit ihrer Wahrnehmung, da sie dort eine behütete Kindheit verbracht habe.

Für einen Kurswechsel fordert Grit eine Rückkehr zu diplomatischen Initiativen und eine ehrliche Debatte: „Diplomatie, ganz großgeschrieben. Die Lügen in der Regierung müssen aufhören."

Kritisch blickt sie auf die Berichterstattung über Verhandlungsangebote sowie auf die historische Entwicklung des Westens. Dass diplomatische Vorstöße aus Moskau in der Berichterstattung oft übergangen oder verzerrt dargestellt würden, mache sie fassungslos. Vor allem die stetige Osterweiterung – „dass die NATO-Länder sich verdoppelt haben, obwohl das eigentlich nicht sein sollte" – schüre bei ihr schlussendlich nur eines: große

Zukunftsangst.

Überzeugungsarbeit im Alltag: „Frieden ist das höchste Gut“

Auch aus dem süddeutschen Raum reisten Demonstranten an die Spree. Annegreth aus Melchingen auf der Schwäbischen Alb unterstrich im Gespräch die fundamentale Bedeutung des Protests: Frieden sei schlichtweg das höchste Gut, „und wenn wir erst die Ruhe finden auf dem Friedhof, ist es zu spät“.

Auf die überschaubare Teilnehmerzahl in der Hauptstadt angesprochen, setzt Annegreth auf persönliche Überzeugungsarbeit und Reichweite im Alltag. Man müsse „einfach erzählen und auch posten, dass einem der Frieden wichtig ist, und alle Leute einladen – auch die Kinder“, um wieder mehr Menschen auf die Straße zu bewegen.

Gegenwind oder Anfeindungen im öffentlichen Raum schrecken sie dabei nicht ab. Wenn sie auf Kritik stößt, suche sie stets das klärende Gespräch:

> „Ich erkläre dann immer, dass ich Russland nicht als Feind sehe und dass es nicht sein kann, dass unsere Regierung zur Kriegstüchtigkeit aufruft, denn das ist scheinheilig.“

Für sie stehe außer Frage, dass der Einsatz für gewaltfreie Lösungen der einzig richtige Weg bleibe.

Grundsatzkritik von der Hauptbühne

Neben den Demonstranten auf der Straße formulierten die Rednerinnen und Redner auf der Hauptbühne am Brandenburger Tor eine fundamentale Kritik an der aktuellen Außen-, Sicherheits- und Sozialpolitik der Bundesregierung.

Aufruf der Moderation: Selbstverantwortung statt Lobbypolitik

Das Moderationsteam der Kundgebung – Oliver Schindler und seine Co-Sprecherin Selale – plädierte im gemeinsamen Eröffnungsaufruf für eine grundlegende gesellschaftliche Transformation. Sie warfen der Politik ein Totalversagen vor, da sie bevorzugt Konzern- und Lobbyinteressen bediene. Als Konsequenz forderten sie eine Dezentralisierung und die Übernahme von Selbstverantwortung durch die Bürger:

> „Durch das Totalversagen unserer Politik, die lieber Lobbyisten glücklich macht als die Menschen in unserem Land, bleibt uns nichts anderes übrig, als die Aufgaben als Menschheitsfamilie selbst in die Hand zu nehmen."

Neben der Forderung nach der Stilllegung der Waffenindustrie rief die Moderation dazu auf, künstliche gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden und Vorbild im Dialog zu sein: „Lasst uns Vorbild sein und reden statt schießen, miteinander statt übereinander."

Jürgen Todenhöfer: Appell zur Befehlsverweigerung

Der Publizist und ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer zog eine scharfe Bilanz der deutschen Außenpolitik und warf der Bundesregierung vor, den verfassungsmäßigen Friedensauftrag des Grundgesetzes zu missachten. Die Lieferung von Waffen in laufende Konflikte bezeichnete er explizit als „Beihilfe zum Mord".



Scharfe Kritik übte Todenhöfer an der Bundesanwaltschaft, die eine von ihm erstattete Strafanzeige gegen die Bundesregierung wegen Waffenlieferungen nicht weiterverfolgt

habe. Unter Berufung auf das Legalitätsprinzip und die Nürnberger Prozesse erinnerte er an die Pflicht zur Ermittlung bei schweren Völkerrechtsverbrechen. In einem eindringlichen Appell wandte er sich direkt an die Soldaten der Bundeswehr:

> „Diese Befehlsverweigerung bei der Unterstützung von Angriffskriegen ist nicht nur euer Recht, sondern nach einer ernsthaften Gewissensprüfung eure moralische Pflicht. Ihr seid zur Verteidigung Deutschlands da und nicht zur Unterstützung von Angriffskriegen."

Soldaten müssten jegliche Mitwirkung an völkerrechtswidrigen Operationen sowie den Schutz logistischer Drehscheiben wie dem US-amerikanischen Stützpunkt Ramstein verweigern. Als historisches Vorbild nannte er den ehemaligen Major Florian Pfaff.

Alexander King (BSW): Warnung vor „mentaler Mobilmachung"

Auch Alexander King, Landesvorsitzender des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) in Berlin, rückte die innenpolitischen Folgen des Aufrüstungskurses in den Mittelpunkt. Er verwies darauf, dass dreistellige Milliardensummen für das Militär durch Kürzungen im Gesundheitssystem, der Pflege und beim Wohnen erkauft würden:

> „Das dürfen alles die Pfleger und die Angestellten ausbaden – und wir dürfen es mit unserer Gesundheit bezahlen. Das ist eine Sauerei!"

King warnte zudem vor einer schleichenden Wiedereinführung der Wehrpflicht und einer „mentalen Mobilmachung" an Schulen. Er wandte sich gegen Versuche des Geschichtsrevisionismus – etwa bezüglich der Umdeutung sowjetischer Ehrenmäler – und forderte den Erhalt von Kulturinstitutionen wie dem Russischen Haus in Berlin. Die Grundrechtseinschränkungen während der Corona-Pandemie bezeichnete er rückblickend als „Probelauf für die Generalmobilmachung gegen Russland und für die Gleichschaltung unserer Gesellschaft".

Barbara Majd Amin (GEW): Aufruf für den Protestherbst

Den gewerkschaftlichen Blickwinkel brachte Barbara Majd Amin ein – im Namen der Berliner Friedenskoordination (FriKo) und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Sie konterte die Aufrüstungspläne der Bundesregierung direkt und verknüpfte

Militärausgaben unverblümt mit Einsparungen im Sozialbereich:

> „Nein, Herr Merz! Und nein, Herr Klingbeil, beides, stärkste konventionelle Armee und Führungsmacht, das wollen wir nicht."

Ihre Forderungen: Rüstungsexporte sofort stoppen, die Rüstungsproduktion einfrieren und den Sozialstaat schützen. Statt abzuwarten, richtete sie den Blick nach vorn und mobilisierte für den anstehenden Protestherbst – vom Antikriegstag am 1. September über den Schülerstreik gegen die Wehrpflicht am 25. September bis hin zu den bundesweiten DGB-Aktionen.

Gabriele Gysi: Absage an die „kognitive Kriegsführung"

Die Regisseurin und Autorin Gabriele Gysi blickte aus kulturkritischer Perspektive auf das Geschehen und warf den westlichen Eliten eine zielgerichtete „kognitive Kriegsführung" vor. Wer Diplomatie verweigere und in starre Feindbilder verfalle, verspiele fahrlässig die Chance auf ein friedliches Europa:

> „Russland verstehen lernen wäre eine Aufgabe für Brüssel. […] Wer siegen will, braucht Feinde. Die Kehrseite westlicher Politik ist unübersehbar, denn die Ablehnung von Diplomatie heißt Krieg."



Gysi warnte vor einem verfälschten Freiheitsbegriff, der zur bloßen „Freiheit zur Macht“ verkomme. Eindringlich appellierte sie an das Publikum, der militärischen Eskalation auf allen Ebenen die Gefolgschaft zu entziehen: „Wir alle dürfen nicht in unserem Namen morden lassen. Sagen wir Nein zum Krieg!“

Titelbild: © Eva Peli

Mehr zum Beitrag

Leserbriefe zu „Stimmen gegen den Kriegskurs: Kleiner Protest, große Befürchtungen“